

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

4. November 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 28.10.13 töteten Dorfbewohner im Distrikt Andar der ostafghanischen Provinz Ghazni einen mutmaßlichen Talib, der für den Tod von 18 Zivilisten durch eine Straßenbombe verantwortlich gewesen sein soll (vgl. BN v. 28.10.13). Der Verdächtige wurde mit Stöcken und Steinen zu Tode geschlagen, seine Leiche wies rund 200 Einschüsse auf.

182 afghanische Ortskräfte dürfen nach Deutschland

Nach Angaben des BMI wurde 182 Personen, die für die Bundeswehr und die Bundespolizei gearbeitet haben, die Möglichkeit einer Aufnahmezusage für Deutschland erteilt. Sie konnten glaubhaft machen, wegen ihrer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zumindest latent bedroht zu sein. Die Zusage gilt auch für die Familien.

Pakistan

Führer der pakistanischen Taliban getötet

Am 01.11.13 töteten die USA mittels einer Drohne Hakimullah Mehsud, den Führer der Taliban in Pakistan. Bei dem Raketenangriff auf den Wagen Mehsuds kamen auch vier seiner Mitarbeiter um. Die pakistanische Regierung kritisierte das Vorgehen der USA scharf und bestellte den amerikanischen Botschafter ein. Innenminister Chaudhry Nisar Ali Khan bezeichnete den Angriff als Mord an den Friedensbemühungen. Die Regierung unter Premierminister Sharif hatte geplant, am 02.11.13 eine Delegation aus drei angesehenen Geistlichen nach Nordwaziristan zu entsenden, um den Taliban eine formale Einladung zu Friedensverhandlungen zu überbringen. Ziel der Verhandlungen ist die Beendigung des Terrors vor allem in den halbautonomen Stammesgebieten im Nordwesten des Landes. Dort kamen in den vergangenen Jahren etwa 40.000 Zivilisten und etwa 4.000 Armeeangehörige ums Leben.

Bisher hat die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), ein loser Zusammenschluss von rund 30 Gruppen, die aus den Stammesgebieten von Nord- und Südwestwaziristan heraus aktiv sind, noch keinen Nachfolger für Mehsud bestimmt. Im Gespräch ist Khan Said „Sajna“ Mehsud. Er gehört wie Hakimullah Mehsud dem Stamm der Mehsud aus Südwestwaziristan an. Dieser kontrolliert die TTP seit ihrer Gründung im Jahr 2007.

Flüchtlingsbewegungen in Nordwestwaziristan

Etwa 80.000 Bewohner der Gegend um die Stadt Miranshah in Nordwestwaziristan sollen aus Furcht vor Racheakten der Taliban und wegen möglicherweise bevorstehender Kämpfe zwischen islamistischen Extremisten und der pakistanischen Armee aus der Region geflohen sein.

Irak

Sicherheitslage

Am 28.10.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Kirkuk, Falluja und Mosul mindestens 27 Menschen getötet.

Am 29.10.13 starben bei Selbstmordanschlägen in Irak unterschiedlichen Meldungen zufolge zwischen zehn und 50 Personen. So wurden allein in Tarmiya mindestens 21 Menschen, unter ihnen Sicherheitskräfte und Mitglieder der Bürgerwehr, getötet. Nahe Mosul, in einem überwiegend von Turkmenen bewohnten Ort, gab es bei einem Autobombenanschlag vor einer Polizeistation mindestens sieben Todesopfer.

Am 30.10.13 kamen u.a. in Mosul, Bagdad, Falluja und Tikrit mindestens 32 Menschen um.

Am 31.10.13 starben unterschiedlichen Meldungen zufolge bei Anschlägen zwischen 21 und 48 Menschen. Am stärksten waren betroffen Tuz Khurmato, Mosul Baquba und Muqdadiya.

Am 01.11.13 wurde von acht Todesopfern durch Anschläge berichtet.

Am 02.11.13 wurden 17 Menschen bei Anschlägen getötet.

Am 03.11.13 starben bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Tal Afar, Baquba und Mosul mindestens 14 Menschen.

Nach Iraq Body Count lag die Zahl der zivilen Todesopfer im Oktober 2013 bei 1.095.

Nach einer Zählung der Nachrichtenagentur AFP kamen im Oktober 730 Menschen ums Leben.

UNAMI berichtet von mindestens 852 zivilen Todesopfern und mindestens 1.793 Verletzten im Oktober 2013. Die am stärksten betroffene Provinz sei Bagdad mit 411 Todesopfern und 925 Verletzten, gefolgt von Ninive mit 188 Todesopfern und 294 Verletzten, Salahaddin mit 106 Todesopfern und 253 Verletzten und Anbar mit 57 Todesopfern und 77 Verletzten unter der Zivilbevölkerung gewesen.

Besuch des irakischen Ministerpräsidenten in den USA

Am 01.11.13 trafen der irakische Ministerpräsident al-Maliki und US-Präsident Obama in Washington zusammen. Laut DPA-Meldung vom 02.11.13 habe al-Maliki die USA zur Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus in Irak aufgerufen. Obama habe in einer öffentlichen Erklärung nach einem Treffen keine Zusagen gemacht.

Syrien

Polio ausgebrochen

In der Provinz Deir al-Sor, im Nordosten Syriens, an der Grenze zum Irak, ist die hoch ansteckende Viruskrankheit Poliomyelitis (Kinderlähmung) ausgebrochen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde in zehn von 22 Verdachtsfällen das Polio-Virus nachgewiesen. Die Ergebnisse der restlichen Fälle liegen noch nicht vor. Polio galt in Syrien seit dem Jahr 1999 als ausgerottet, die WHO geht davon aus, dass die Kinder wegen des Bürgerkrieges nicht geimpft wurden.

Stellvertretender Ministerpräsident Jamil entlassen

Der stellvertretende Ministerpräsident Kadri Jamil (Dschamil), der im Juni 2012 in die Regierung berufen worden war, wurde am 29.10.13 seines Amtes enthoben, da er ohne Abstimmung mit der Regierung im Ausland Termine wahrgenommen habe. Jamil soll vor einigen Tagen nach Russland geflogen sein und sich am 26.10.13 in Genf mit dem US-Botschafter Robert Ford getroffen und über die neue internationale Friedenskonferenz „Genf 2“ gesprochen haben. Er galt innerhalb der Regierung als eine der gemäßigeren Kräfte und Kandidat für eine Übergangsregierung.

Regierung unter Bedingungen bereit zu Friedensgesprächen

Die syrische Regierung will nach Angaben ihres Außenministers Walid al-Muallim an den geplanten Friedensverhandlungen in Genf nur teilnehmen, wenn die Syrer selbst über die Zukunft ihres Landes entscheiden dürfen.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Israel entlässt palästinensische Langzeit-Häftlinge und kündigt Bau neuer Siedlerwohnungen an

Israel entließ, wie angekündigt (vgl. BN v. 28.10.13), in der Nacht vom 29. auf den 30.10.13 weitere 26 palästinensische Langzeit-Häftlinge als vertrauensbildende Maßnahme, kündigte jedoch wenig später den Bau von 1.500 neuen Wohneinheiten für jüdische Siedler in Ost-Jerusalem an.

Tunesien

Ausnahmezustand erneut verlängert

Einer Meldung der tunesischen Nachrichtenagentur TAP zufolge entschied Staatspräsident Marzouki, den Ausnahmezustand um acht Monate bis Ende Juni 2014 zu verlängern. Die Entscheidung wird als Zeichen zunehmender Spannungen gesehen. Der Ausnahmezustand gilt in Tunesien seit dem Sturz Ben Alis im Januar 2011 und wurde seitdem jeweils um maximal drei Monate verlängert.

Sicherheitslage

In den vergangenen Wochen verschlechterte sich die Sicherheitslage (vgl. BN v. 28.10.13). Am 30.10.13 zündete ein Selbstmordattentäter vor einem Hotel in der Küstenstadt Sousse einen Sprengsatz. Außer dem Attentäter kam niemand ums Leben, auch Verletzte gab es keine. Einen Anschlag in Monastir konnte die Polizei verhindern. Zuletzt war im Jahr 2002 ein Attentat auf ein touristisches Zentrum verübt worden. Bei dem Anschlag auf eine Synagoge auf der Insel Djerba kamen im April 2002 mehr als 20 Menschen um.

Ägypten

Demonstrationen vor Strafprozess gegen Mursi

Vor dem am 04.11.13 beginnenden Strafverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Mursi protestierten hunderte seiner Anhänger in den Rand- und Außenbezirken Kairo. Bei Krawallen in Alexandria zwischen Anhängern und Gegnern Mursis wurden sieben Personen verletzt und ein Dutzend Islamisten festgenommen. Dem gestürzten Präsidenten wird im Zusammenhang mit dem Tod von mehreren Demonstranten im Dezember 2012 Anstiftung zum Mord vorgeworfen. Damals waren Demonstranten gegen ein Dekret Mursis, mit dem er seine Entscheidungen einer Überprüfung durch die Justiz entzogen hatte, vor dem Präsidentenpalast in Kairo von Schlägertrupps angegriffen worden.

Somalia

Angriffe Kenias auf al-Shabaab

Bei einem Drohnenangriff starben am 28.10.13 zwei Kommandeure der al-Shabaab. Einer der Getöteten, Ibrahim Ali Abdi alias Anta Anta, gilt als Drahtzieher mehrerer Selbstmordattentate. Die beiden Männer sollen sich auf dem Weg von Jilib nach Baraawe (Brava), einer Hochburg der Islamisten, befunden haben, als ihr Fahrzeug von einem Sprengkörper getroffen wurde. Nach Angaben eines Sprechers der kenianischen Armee soll es sich um eine kenianische Drohne gehandelt haben.

Am 31.10.13 bombardierten kenianische Flugzeuge ein Ausbildungslager der al-Shabaab. Dabei sollen mindestens 67 Personen ums Leben gekommen sein. Dem Sprecher der kenianischen Armee zufolge sollen sich in dem Lager etwa 300 al-Shabaab-Kämpfer aufgehalten haben. Al-Shabaab bestreitet den Angriff.

Kenia entsandte im Oktober 2011 wegen fortgesetzter Übergriffe der al-Shabaab auf sein Territorium Truppen nach Somalia, die später der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) unterstellt wurden.

DR Kongo

M23-Rebellen militärisch nahezu besiegt

Mit der kampflosen Einnahme der direkt an der Grenze zu Uganda gelegenen ostkongolesischen Grenzstadt Bunagana am 30.10.13 durch die Regierungstruppen FARDC verloren die M23-Rebellen die letzte größere Stadt unter ihrer Kontrolle. Bunagana war auch Sitz der M23-Führung. Die Kämpfer der Rebellenorganisation zogen sich in kongolesische Hügel in der Nähe des Dreiländerecks zwischen der DR Kongo, Uganda und Ruanda zurück. Nachdem die Regierungstruppen auch dort weiter vorrückten, erklärte M23-Präsident Bertrand Bisimwa am 03.11.13 einseitig einen Waffenstillstand. Gleichzeitig forderte er Uganda – es vermittelt in den seit Dezember 12 andauernden und bislang ergebnislosen Friedensgesprächen zwischen den Konfliktparteien – auf, die Einstellung der Feindseligkeiten zu überwachen. Hierzu erklärte der kongolesische Regierungssprecher Mende, dass die Ausrufung eines Waffenstillstands durch die M23 nicht zur Einstellung der

Kämpfe genüge. Vielmehr müsse die M23 die Rebellion eindeutig für beendet erklären und ihre Kämpfer zur Demobilisierung nach Kampala/Uganda überstellen.

Kosovo

Kommunalwahl von Gewalt überschattet

Die Kommunalwahl am 03.11.13, die erstmals seit der Unabhängigkeitserklärung Kosovos 2008 unter Einbeziehung des serbisch geprägten Nordens stattfand, ist von massiven Gewaltattacken beeinträchtigt worden. Schon im Vorfeld kam es zu Boykottaufrufen und Übergriffen. Am Abend des Wahltags stürmten serbische Extremisten Wahllokale, verprügelten Wähler und zerstörten Urnen. Auch OSZE-Beobachter wurden angegriffen. In 16 von 33 Wahllokalen im nördlichen Teil der Stadt Mitrovica war die Abstimmung unterbrochen worden. Damit ist die Gültigkeit der gesamten Abstimmung im Norden fraglich. Die Zentrale Wahlkommission sieht sich nicht in der Lage, wie geplant vorläufige Ergebnisse für die Wohngebiete der serbischen Minderheit zu veröffentlichen. Dort war die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Die meisten Mitglieder der serbischen Minderheit hatten die Abstimmung boykottiert, weil sie nicht zu Kosovo, sondern zu Serbien gehören wollen.

Die Teilnahme der Kosovo-Serben an der Wahl galt als die wichtigste Verpflichtung Serbiens aus dem von der EU vermittelten Abkommen vom April dieses Jahres (vgl. BN v. 22.04.13; 21.05.13 und 19.08.13). Serbien hatte zugestimmt, seine De-facto-Kontrolle über den Norden Kosovos aufzugeben, und hatte in den vergangenen Wochen die Kosovo-Serben wiederholt dazu aufgerufen, an der Wahl teilzunehmen.

Russische Föderation

Sicherheitslage im Nordkaukasus

Laut einem Bericht des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der Russischen Föderation für den Nordkaukasus, sind in den vergangenen zehn Jahren über 3.500 Aufständische im Nordkaukasus getötet und rund 8.000 festgenommen worden. Es wird ein wachsender Einfluss islamistischer Strömungen speziell auf junge Männer in der Konfliktregion festgestellt. Insbesondere in Dagestan fände der radikale Islam immer mehr Unterstützung.

Nach Schätzungen der Internetzeitung „Caucasian Knot“ wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt 375 Personen getötet und 343 verletzt. Verglichen mit 2012, wo es insgesamt 700 Todesopfer (darunter 404 Aufständische) und 525 Verletzte gab, sei für 2013 mit einem Rückgang der Opferzahlen zu rechnen.

Anti-Terror-Gesetze vor den Olympischen Spielen in Sotschi verschärft

Russland hat anlässlich der bevorstehenden Olympischen Winterspiele in Sotschi seine Gesetze zur Terrorabwehr verschärft. Präsident Putin unterzeichnete am vergangenen Wochenende neue Sicherheitsregeln. Demnach sind Verwandte von Aufständischen unter bestimmten Umständen dazu verpflichtet, für Schäden bei Angriffen durch ihre Angehörigen aufzukommen. Zugleich können Personen, die ein Training für Aufständische durchlaufen haben, allein dafür mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden.

China

Mutmaßlicher Anschlag am Tiananmen-Platz

Am 28.10.13 durchbrach ein Geländewagen die Absperrungen am Eingang zum Tiananmen-Platz in Peking, fuhr in eine Menschenmenge, kollidierte mit einem Brückenpfeiler und brannte vor dem Eingang zum Kaiserpalast aus. Fünf Menschen starben, darunter die drei Insassen des Fahrzeugs. Mittlerweile gehen chinesische Behörden von einem uigurischen Anschlag aus. Nach offizieller Darstellung seien die Toten, ein Ehepaar und die Mutter des Mannes, Uiguren. Im Auto habe man eine Flagge mit „extremistischer Aufschrift“ gefunden. Fünf Verdächtige, ebenfalls Uiguren, seien in Peking festgenommen worden. Sie hätten ihre Mitäterschaft gestanden. Behörden machten am 01.11.13 die Terrororganisation East Turkestan Islamic Movement (ETIM) für den Anschlag verantwortlich.

Hintergrund

Sollte es sich bei dem Vorfall tatsächlich um einen Anschlag handeln, wäre dies der erste Uiguren zuzurechnende Terrorakt in der chinesischen Hauptstadt und dies in einem streng gesicherten sowie besonders symbolträchtigen Bereich Pekings. Seit bei Ausschreitungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Ürümqi in der uigurischen Autonomen Region Xinjiang im Juli 2009 fast 200 Menschen starben, kommt es in der Region verstärkt zu gewaltsamen Vorfällen, für die die Behörden uigurische „Terroristen“ verantwortlich machen. Uiguren sehen hierin einen Vorwand, Repressionen gegen ihre Volksgruppe zu rechtfertigen. Eine unabhängige Berichterstattung aus der Region ist nicht möglich.